



## Mitteilung

Berlin, den 23. Februar 2023

**Die 35. Sitzung des Ausschusses für Umwelt,  
Naturschutz, nukleare Sicherheit und  
Verbraucherschutz  
findet statt am Mittwoch, 01.03.2023, 11:00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal: E.700**

Sekretariat  
Telefon: +49 30 227-37245  
[umweltausschuss@bundestag.de](mailto:umweltausschuss@bundestag.de)

Sitzungssaal  
Telefon: +49 30 227-30309

### Achtung!

Abweichende Sitzungszeit!

Die Sitzung wird live auf Kanal 3 im Internet und im Parlamentsfernsehen übertragen.

Der Öffentlichkeit wird nach Anmeldung Zugang zur Tribüne des Sitzungssaals ermöglicht.\*

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Einzigiger Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach  
Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes zu den  
Verhandlungen über einen Vorschlag für eine  
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des  
Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des  
Europäischen Parlaments und des Rates vom  
24. November 2010 über Industrieemissionen  
(integrierte Vermeidung und Verminderung der  
Umweltverschmutzung) und der Richtlinie  
1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über  
Abfalldeponien**

**BT-Drucksache 20/3948**

### Federführend:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare  
Sicherheit und Verbraucherschutz

### Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Ausschuss für Klimaschutz und Energie  
Ausschuss für die Angelegenheiten der  
Europäischen Union

### Berichterstatter/in:

Abg. Daniel Rinkert [SPD]  
Abg. Anja Karliczek [CDU/CSU]  
Abg. Tessa Ganserer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]  
Abg. Judith Skudelny [FDP]  
Abg. Dr. Rainer Kraft [AfD]  
Abg. Amira Mohamed Ali [DIE LINKE.]

### Hierzu wurde/wird verteilt:

20(16)135-A Stellungnahme

20(16)135-B Stellungnahme

20(16)135-C Stellungnahme



\*Interessierte Besucherinnen und Besucher melden sich bitte unter Angabe von Name, Vorname sowie Geburtsdatum vor der Sitzung unter der E-Mailadresse [umweltausschuss@bundestag.de](mailto:umweltausschuss@bundestag.de) an. Die Polizei beim Deutschen Bundestag führt für Besucher und Gäste, die aufgrund einer Anmeldung Zutritt zu den Liegenschaften des Deutschen Bundestages erhalten, auf Grundlage des § 2 Absatz 6c der Hausordnung des Deutschen Bundestages, eine Zuverlässigkeitsüberprüfung insbesondere durch Einsichtnahme in das Informationssystem der Polizei beim Deutschen Bundestag und in das Informationssystem der Polizei (INPOL) durch. Die bei der Anmeldung übermittelten personenbezogenen Daten (Name, Vorname und Geburtsdatum) werden nach Beendigung des Besuches gelöscht beziehungsweise vernichtet. Es wird darauf hingewiesen, dass dem Teilnahmewunsch nur entsprochen werden kann, wenn die Platzkapazität (im Hinblick auf zeitlich frühere Anmeldungen) noch nicht erschöpft ist.

Harald Ebner, MdB  
Vorsitzender



Stand: 27. Februar 2023

**Bellinda Bartolucci<sup>1</sup>**

ClientEarth

**Frederik Moch<sup>1</sup>**

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

**Dr. Puya Raad<sup>1</sup>**

Thyssenkrupp Steel Europe AG

**Hauke Dierks<sup>2</sup>**

Deutsche Industrie- und Handelskammer

**Achim Bernhard Rietmann<sup>2</sup>**

Einzelverständiger

**Frederik Benjamin Wiechmann<sup>2</sup>**

Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)

**Christian Schaible<sup>3</sup>**

European Environmental Bureau (EEB)

**Annette Giersch<sup>4</sup>**

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)

**Dipl.-Ing. Christian Tebert<sup>5</sup>**

Ökopol - Institut für Ökologie und Politik GmbH

---

<sup>1</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>2</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>3</sup> Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>4</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>5</sup> Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. zur öffentlichen Anhörung eingeladen.